

## «Die Sozialisten und die Religion»

Ich kann mir keinen lieben Gott vorstellen, der nicht alle Menschen und Tiere und Pflanzen und Moleküle und Atome usw. gleich gern hat und als schützenswert erachtet (NZZ 5. 5. 21). Damit bin ich als Sonntagsschüler schon mitten in der Französischen Revolution mit ihren seelisch-geistig-körperlich-politischen Werten: Freiheit, Gleichwertigkeit, Brüderlichkeit. Sie sind (auch) die Grundwerte jeglicher Demokratie. Hätten die (sich sogar auch selbst sehr oft bekämpfenden) christlichen Kirchen (mit ihrer jahrhundertlang auch staatlich grossen Macht) diese selbst voll verkörpert, hätte es keine Französische Revolution in dieser Form gebraucht. Die katholische Kirche weigert sich (auch in der Schweiz) sogar noch heute, diese eigentlich zutiefst religiösen Werte zu leben, indem sie den Frauen nicht die gleichen Rechte zugesteht wie den Männern. Eigentlich müsste sie vom Staat dafür endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Ich wünsche mir eine Verfassung, in der es keine Ausgrenzung gibt. Könnte man «Gott» in der Verfassung nicht einfach ersetzen durch «die für alles grundlegenden und unergründlichen Schöpfungskräfte»? Humanismus ist für mich eine Religion, die jünger ist als Buddhismus, Christentum, Islam. Ich bin froh, dass wir in der Schweiz keinen fundamentalistischen, religiösen und ausgrenzenden Staat haben, sondern einen säkularen, humanistischen.

Lukas Rohner, Basel

## Das Behagen im Kleinstaat

Mit Interesse habe ich den Beitrag von Peter Kurer in der NZZ vom 8. Mai mit dem Titel «Der Rahmenvertrag bedroht unser Behagen im Kleinstaat» gelesen. In einigen Punkten kann ich die Argumentation nachvollziehen. So gibt es zwar durchaus ökonomische Studien über die Vorteile der bilateralen Verträge und die Auswirkungen ihrer Erosion, aber ein umfassender Nachweis der positiven wirtschaftlichen Impulse eines Rahmenabkommens ist bisher öffentlich nicht diskutiert worden. Dem Kernargument von Herrn Kurer jedoch, dass der Rahmenvertrag unser Behagen im Kleinstaat bedroht, kann ich mich nicht anschliessen. Der Autor schreibt, dass der Durchschnittsmensch sich im kleinen Verband wohler fühlt. Zur Begründung beruft sich Herr Kurer auf eine kürzlich veröffentlichte Studie, die belegt, dass Menschen in kleinen Staaten glücklicher sind als in grossen. Leider aber werden die Namen der erstplatzierten Staaten nicht erwähnt, es sind: Finnland, Dänemark, die Schweiz, Island, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Luxemburg, Neuseeland und Österreich. Sechs dieser Staaten sind Mitglied der EU und zwei weitere (Island und Norwegen) zumindest Teil der vertieften Freihandelszone EWR. Wenn man also

etwas genauer hinsieht, dann schwächt die Liste die Argumentation des Autors stark. Nah an der EU zu sein, scheint eher positive als negative Auswirkungen auf das Glück von Menschen zu haben, oder zumindest steht es diesem Glück nicht im Weg.

Charles Pictet, Genf

In der NZZ vom 8. Mai kommt Peter Kurer in seinem Gastkommentar zu dem Schluss, den Schweizerinnen und Schweizern behage es im Kleinstaat – «und wir wollen in der finalen Entwicklung nicht Teil des europäischen Grossprojekts oder gar einer europäischen Willensnation sein». Der Ex-Präsident der global tätigen Grossbank UBS fordert, die Befürworter des Rahmenvertrags müssten uns «die Angst vor der finalen Annäherung an die EU nehmen und zugleich den ökonomischen Nutzen des Rahmenabkommens stringenter darlegen».

Am gleichen Samstag wird das Ergebnis einer Umfrage bei 2000 Personen bekannt. 64 Prozent von ihnen würden heute dem Rahmenvertrag zustimmen (15 Prozent bestimmt, 49 Prozent eher). Das Resultat entspricht jenen früherer Jahre. Hier eine Einschätzung aus der Bevölkerung, da der Eindruck des Kommentators. Der Unterschied ist gross. Könnte es sein, dass die Befragten deshalb weniger Ängste «vor der finalen Annäherung an die EU» haben, die ja kein Beitritt wäre, weil sie die Beziehung zur EU weniger eng sehen, weniger utilitaristisch? Und könnte diese Sicht von der Einsicht geprägt sein, dass wir in der Schweiz vom «Grossprojekt Europa» – das heisst 70 Jahren beharrlichem Ringen um möglichst gemeinsame, friedliche Lösungen auf unserem Kontinent – deutlich mehr profitieren, als wir dazu beitragen?

Christoph Reichenau, Bern

## Organspende nur mit Zustimmung

Katharina Fontanas Kommentar (NZZ 6. 5. 21) zu den nationalrätlichen Organspende-Entscheiden ist zuzustimmen. Das Anliegen, dem Mangel an für Transplantationen zur Verfügung stehenden Organen abzuwehren, ist zwar verständlich. Mit dem beschlossenen Wechsel vom geltenden System des Zustimmungserfordernisses zu einem Widerspruchssystem für eine Organentnahme scheint der Nationalrat aber den verfassungsrechtlichen Kompass für sein Handeln völlig aus den Augen verloren zu haben. Es geht schlicht nicht an, die sterblichen Überreste der in Krankenhäusern verstorbenen Patienten in allen Fällen, wo diese dagegen nicht zu Lebzeiten ausdrücklich Widerspruch erhoben haben, als «Ersatzteilager» (sit venia verbo!) zu verwenden. Wer sich in gesunden oder kranken Tagen zu einem Akt der Nächstenliebe in Form von Organspenden entschliessen mag, soll das wie bisher unmissverständlich kundtun.

Werner Moser, Männedorf

## Theaterstücke in Formalin

Es mutet grotesk an, dass ein branchenüblicher Umgang mit Theaterstücken eine Straftat sein soll (NZZ 4. 5. 21). Aber es steht nun einmal im Urheberrechtsgesetz, es werde «bestraft, wer vorsätzlich und unrechtmässig ein Werk ändert». Darüber können sich die Strafbehörden nicht hinwegsetzen. Dieses Verbot ist Ausdruck des «Urheberpersönlichkeitsrechts», das auch in Kreisen von Kulturschaffenden als heilige Kuh gilt. Doch Werke leben nicht, wenn man sie in Formalin einlegt. Die Sperrfrist von siebzig Jahren nach dem Tod der Urhebererschaft ist bei weitem zu lang. Der aktuelle Fall ist Anlass für die Frage, ob hier der Gesetzgeber im Bestreben der Kulturförderung nicht weit über das Ziel hinausgeschossen hat.

Marc Jean-Richard, Zürich

Ich bin mit Werner Wollenberger, auch WW genannt, gross geworden. Er war ein Zeitgenosse meiner Jugend und dabei eine der hiesigen Persönlichkeiten, die die Kulturszene prägten und heute noch einen Einfluss darauf haben. Was jetzt abgeht, ist seiner unwürdig. Ich bin überzeugt, dass WW froh und glücklich wäre, zu sehen und zu hören, dass seine Lieder der heutigen Zeit angepasst werden. Wie heisst es doch so schön in einer auf der Website der Wollenberger-Stiftung zitierten Aussage von WW: «Ich sehe mich weder als Hüter der Kultur noch als Kulturrevolutionär. ... Ich finde die Zeit, in der ich lebe, faszinierend, aber ich stelle diese Zeit in Frage. Ich sage ja zu ihr, aber ...» In diesem Sinne rufe ich dazu auf, das Gerichtsverfahren zu stoppen und sich daran zu erfreuen, dass das Werk von WW weiterlebt, kultiviert und der heutigen Zeit angepasst wird. Die beiden Parteien mögen einen konstruktiven und gültigen Weg aus der jetzigen Situation finden, anstatt das Vermächtnis von WW in den (wirtschaftlichen) Schlamm zu ziehen.

Edi Rosenstein, Zumikon

## An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach, 8021 Zürich  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

## REPLIK

# Mit Zensur hat das nichts zu tun

### Gastkommentar

von DANIEL GLASL

Dass mit der geplanten Streichung des Wortes «besonders» im Artikel 266 der Schweizerischen Zivilprozessordnung die Meinungsfreiheit geschwächt, die Zensur gestärkt und ganze Bibliotheken zu Makulatur werden, trifft nicht zu. Dieser Appell des Medienrechtlers Matthias Schwaibold in seinem Gastkommentar «Richterliche Zensur schadet den Medien» (NZZ 5. 5. 21) ruft nach einer korrigierenden Einordnung.

Zensur ist verboten. Die Meinungs- und die Informationsfreiheit sind gewährleistet, ebenso die Medienfreiheit (Artikel 16 und 17 der Bundesverfassung). Diese Grundpfeiler sind mit der geplanten Gesetzesanpassung in keiner Weise infrage gestellt. Wer behauptet, eine «superprovisorische Massnahme gegen periodisch erscheinende Medien» sei ein Akt der Zensur, vergisst, dass die Medien eine Verantwortung für die Einhaltung des Rechts haben.

Es gibt in der Schweiz keine andere Branche, bei der die Voraussetzungen für den Erlass einer vorsorglichen Massnahme so hoch sind wie bei den Medien. Vorsorglicher und rascher Rechtsschutz ist aber gerade hier enorm wichtig: Wer bezweifelt, dass die Reputation durch unzulässige Medienberichte in kürzester Zeit nachhaltig Schaden nehmen kann? Es geht bei Artikel 266 der Zivilprozessordnung auch nicht um «superprovisorische Massnahmen». Solche gerichtliche Anordnungen ohne vorgängige An-

## Die Meinungs- und Informationsfreiheit bleibt gewährleistet, ebenso die Medienfreiheit.

hörung der Gegenpartei erfordern unverändert eine «besondere Dringlichkeit, insbesondere bei Vereitelungsgefahr». Darauf folgt zwingend eine Anhörung. Vielmehr sollen zwei Inkonsistenzen im Gesetzeswortlaut behoben werden: Das Gesetz verlangt für eine vorsorgliche Massnahme gegen Medien (so der heutige Text), dass a) die drohende Rechtsverletzung dem Kläger einen besonders schweren Nachteil verursachen kann, b) offensichtlich kein Rechtfertigungsgrund vorliegt und c) die Massnahme nicht unverhältnismässig erscheint.

Dies sind im Vergleich zu «normalen» vorsorglichen Massnahmen, wenn nicht die Medien auf der Gegenseite stehen, hohe Hürden: Dort ist glaubhaft zu machen, dass ein Anspruch verletzt oder seine Verletzung zu befürchten ist und aus der Verletzung ein nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil droht (Artikel 261 ZPO). Neu soll es (in Buchstabe a) «*bestehende* oder drohende Rechtsverletzung» heissen, und der «besonders schwere Nachteil» soll zum «schweren Nachteil» werden. Die Buchstaben b und c bleiben unverändert.

Die Angleichung des Textes an den Grundsatz von Artikel 261 ZPO ist notwendig und entspricht der Gerichtspraxis. Es ergab nie Sinn, den Geschädigte bereits erfolgter Rechtsverletzung durch Medien schlechterzustellen. Vielmehr ist vorsorglicher Rechtsschutz dann umso dringender. Drohen (und damit in der Zukunft liegen) muss lediglich der schwere, nicht leicht wiedergutzumachende Nachteil, ausgelöst durch die Rechtsverletzung. Diesen Nachteil gilt es abzuwenden. Das Medienprivileg nimmt auch keinen Schaden durch die Streichung des Wortes «besonders». Es bleibt, ganz abgesehen von den genannten weiteren Voraussetzungen, nicht einfach, dem Gericht den nicht leicht wiedergutzumachenden *schweren* (also qualifizierten) Nachteil glaubhaft zu machen. Wenn dann auch noch besondere Dringlichkeit vorliegt, dann, und erst dann, sind wir beim «Superprovisorium» gegen Medien. Die geplante Gesetzesänderung ist geboten und angemessen. Die Zensur bleibt verboten, und nichts wird zu Makulatur.

**Daniel Glasl** ist Anwalt, Medienrechtler und Leiter der Fachgruppe Medienrecht des Zürcher Anwaltsverbandes.

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

REDAKTION

**Chefredaktor:** Eric Gujer (egj).

**Stellvertreter:** Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

**Tagessleitung:** Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

**International:** Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominik Burkhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (lvs.), Julia Momm (jum.), Martin Büchenbacher (k. b.).

**Meinung & Debatte:** Katrin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

**Schweiz:** Christina Neuhaus (cn.), Erich Schandens (ase.), Daniel Gerry (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (hhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Galafel (gaf.), David Vompion (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.).

**Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhyh (ryh.), Georg Häslar Sansano (geo.).  
**Bundesgericht:** Kathrin Alder (ald.).  
**Westschweiz:** Antonio Fumagalli (fum.).

**Zürich:** Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigler (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sfc.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (rau.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkeli (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koppen (kpn.).

**Wirtschaft:** Chanchal Biswas (bis.), Peter A. Fischer (pfi.), Dieter Bachmann (dba.), Ernes Gallarotti (ti.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Zoë Inés Baches Kunz (Z. B.), Hansueli Schöchli (hus.), Martin Lanz (mla.), Natalie Grätwohl (ng.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jan Lienhart (jli.), Lorenz Honegger (lho.).

**Börse:** Michael Ferber (feb.), Andreas Uhlig (Ug.), Werner Grundlehner (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Herger (phr.).  
**Asien:** Matthias Kamp (mka.).

**Wissenschaft, Technologie und Mobilität:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Jenni Thier (thj.), Ruth Futlerer (ful.), Gioia da Silva (gds.).

**Feuilleton:** René Scheu (rs.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

**Sport:** Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbg.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (krp.).

**Wochenende/Gesellschaft/Reisen:** Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).  
**Reporter:** Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

**Nachrichten:** Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nbd.), Franco Arnold (fra.).

**Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (pgh.).

**Podcast:** Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Olga Scheer (ola.), David Vogel (dv.).

**Audience Management:** Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

**Visuals & Editorial Tech:** Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xao.), Sharon Funke (sfu.), Alexandra Kohler (ako.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (eff.), Joana Kelen (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.).

**Video/TV:** Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jörg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jill Antener (jil.).

**Produktionsredaktion:** Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mk.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tollenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (ph.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Ózpal (iö.), Claudia Baer (cb.).

**Art Director:** Reto Althaus (ral.).  
**Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgü.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Br. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbg.), Nicole Aebi (nae.), Rabeih Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Michael Pfister (mpf.), Josi Hunz (hu.).

**Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).  
**Produktion/Layout:** Hansruedi Frei.  
**Korrektorat:** Natascha Fischer.

### KORRESPONDENTEN

**Paris:** Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nusplinger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (fx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Herrmann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Anna Schneider (ars.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinvorth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackereit (mac.). **Dakar:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Christian Weisflog (ws.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sd.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.). **Taipeh:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Peter Winkler (win.). **Chicago:** David Sigler (ds.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Vancouver:** Karl R. Felder (Fdr.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

### WEITERE REDAKTIONEN

**NZZ am Sonntag:** Chefredaktorin a.i.: Nicole Althaus (na.).  
**NZZ Folio:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingebacher (bak.).

**NZZ Geschichte:** Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

### DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Berlin; The Market Media AG, Zürich.

### ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch  
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

**Verlag:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

**Inserate:** NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.  
**Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

**NZZ Print & Digital:** 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).  
**NZZ Digital Plus:** 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).  
**NZZ Wochenende Print:** 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

**NZZ International Print & Digital:** 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

**NZZ Kombi Print & Digital:** 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

**NZZ für Studierende:** 5 Fr. (1 Monat).

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.**

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG  
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler